

Jahresabschluss 2024

***Bericht an die Stadtverordneten zu
den vorläufigen Ergebnissen der
Aufstellung des Jahresabschlusses***



1. Ausgangslage	2
2. Ergebnisrechnung	4
3. Finanzrechnung	9
4. Vermögensrechnung	11
5. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung	14

Gemäß § 112 Abs. 9 Hessische Gemeindeordnung (HGO) soll der Gemeindevorstand die Gemeindevertretung unverzüglich über wesentliche Ergebnisse der aufgestellten Jahresabschlüsse unterrichten.

Der nachfolgende Bericht zu den vorläufigen Ergebnissen der Aufstellung des Jahresabschlusses soll dieser Informationsfunktion gerecht werden. Hierdurch wird bereits vor Abschluss der Prüfung durch das Referat Rechnungsprüfung nach § 128 HGO sichergestellt, dass die Stadtverordnetenversammlung möglichst zeitnah Kenntnis über die wesentlichen Ergebnisse der Aufstellung des Jahresabschlusses erhält.

Zu beachten ist, dass die im Bericht dargestellten Zahlen noch vorläufigen Charakter haben und sich durch die weiteren Prüfungsaktivitäten des Referats Rechnungsprüfung bis zur Vorlage des geprüften Jahresabschlusses an die Stadtverordnetenversammlung nach § 113 HGO noch verändern können.

1. Ausgangslage

1.1 Haushaltsplan und konjunkturelles Umfeld

Für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und Veranschlagung der Steuereinnahmen für den Haushaltsplan 2024 der Stadt Dreieich waren die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ des Bundesministeriums für Finanzen im Mai 2023.

Bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland erwartete der Arbeitskreis noch einen Anstieg des preisbereinigten **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** in 2024 gegenüber dem Vorjahr um 1,6% (nominal um 4,0%). Tatsächlich reduzierte sich das BIP für das Jahr 2024 jedoch um real 0,2% gegenüber dem Vorjahr (nominal Anstieg um 2,0%). Die **Inflation** lag, gemessen am Verbraucherpreisindex, bei 2,2% (2023: 5,9%).

Der **Kommunale Finanzierungssaldo in Hessen** war in 2023 erstmals seit 2015 wieder negativ (2023: -597,1 Mio. EUR), diese Dynamik hat sich in 2024 weiter beschleunigt (2024: -2.575,8 Mio. EUR). Ursache sind v.a. die rasch anwachsenden Sozialausgaben.

Der **Haushaltsplan 2024** der Stadt Dreieich wurde am 4.12.2023 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 7.2.2024 vom Landrat des Kreises Offenbach ohne Auflagen genehmigt. Er wies einen Jahresfehlbedarf von -3,5 Mio. EUR aus. Am 24.9.2024 wurde ein **1. Nachtragshaushalt 2024** von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen - der einzig den Erwerb des Faselstalls zum Gegenstand hatte - und am 22.11.2024 vom Landrat des Kreises Offenbach ohne Auflagen genehmigt. Im Vergleich zu den ursprünglichen Ansätzen des Haushaltsplans 2024 haben sich im ersten Halbjahr 2024 weitere erhebliche Änderungen ergeben. Diese führen zur Erstellung eines **2. Nachtragshaushaltsplans 2024**, der ebenfalls am 24.9.2024 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und am 9.12.2024 beschlossen wurde. Der Jahresfehlbetrag verringert sich durch den 2. Nachtrag auf 998.209 EUR.

1.2 Wesentliche Ereignisse in 2024

Weitere Amtszeit für Bürgermeister Martin Burlon

Am 9. Juni 2024 wurde der amtierende Bürgermeister Martin Burlon mit 71,3 % der Stimmen erneut als Bürgermeister der Stadt Dreieich gewählt. Die Amtseinführung fand am 28.10.2024 statt, die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Herr Burlon behält weiterhin die Funktion des Kämmerers bei und ist damit der für finanziellen Angelegenheiten der Kommune verantwortliche Dezernent.

Amtsantritt Erster Stadtrat Holger Dechert

Am 23. Mai 2024 wurde Herr Holger Dechert mit 64,3 % der Stimmen (27 von 42) als neuer Erster Stadtrat der Stadt Dreieich von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, nachdem der vorherige Erste Stadtrat, Herr Markus Heller, am 16. Februar abgewählt wurde. Amtsantritt war der 01.08.2024, die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Herr Dechert übernimmt als Dezernent die Fachbereiche Planung und Bau sowie Bürger und Ordnung und ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der DreieichBau AöR.

Zukunft Innenstadt

Mit der weiteren Landesförderung „Zukunft Innenstadt 2.0“ in Höhe von 300.000 EUR wurde unter anderem der historische Rathausplatz umgestaltet und am 8. November 2024 eingeweiht. In der Zeit vom 23. Juni bis 9. Juli 2023 fand hierzu eine Bürgerbeteiligung statt. Der Doktor-Walter-Lübke-Platz wurde mit Rundbänken ausgestattet.

Ankauf des Faselstalls

Mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2024 wurde der Ankauf der Hof- und Gebäudefläche des Faselstalls in Dreieichenhain mit 2.178.000 EUR veranschlagt. Herr Burlon verkündete am 18. Dezember 2024 beim Adventsfenster am Faselstall den Vollzug des Kaufs.

Ankauf der Hof- und Gebäudefläche der Kita Hegelstraße 105. Übergang der kirchlichen Kindertagesstätte Hegelstraße 105 in städtische Trägerschaft zum 01.01.2025

Auf Wunsch der evangelischen Kirche erfolgte der Ankauf der Hof- und Gebäudefläche der Kita Hegelstraße 105 im Frühjahr 2024. Die Übernahme der Trägerschaft für die Kita Hegelstraße durch die Stadt Dreieich ist zum 01.01.2025 geplant. Damit verbunden war die Übernahme von 5,8 Planstellen und der Übergang von Personal im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrages. Die Kindertagesstätte wird unter dem Namen „Kita Hegelstraße“ weitergeführt.

10-jähriges Jubiläum des Dienstleistungsbetriebs AöR Dreieich und Neu-Isenburg

Der Zusammenschluss der städtischen Bauhöfe in Dreieich und des Dienstleistungsbetriebs Neu-Isenburg zum Dienstleistungsbetrieb Dreieich und Neu-Isenburg feiert am 01. April 2024 sein 10-jähriges Jubiläum.

Stadt Dreieich ist wieder „ausgezeichneter Wohnort“

Zum dritten Mal nach 2015 und 2018 wird die Stadt Dreieich als ausgezeichneter Wohnort von der IHK zertifiziert.

Stadt Dreieich und Klimaschutz

Die Stadt Dreieich wird am 19. September 2024 mit dem „StadtGrün naturnah“-Label in Silber ausgezeichnet.

Einweihung barrierefreies Karussell im Bürgerpark

Am 23. September 2024 wird ein barrierefreies Karussell im Bürgerpark eingeweiht - als gemeinsames Projekt des Jugendparlaments, des Fördervereins der Behindertenhilfe Dreieich sowie der Kinder- und Jugendförderung der Stadt.

2. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung in T€

(vorläufige Zahlen)	Plan	Ist	Ist Vorjahr	Abweichung
	2024	2024	2023	Ist 2024 zu 2023
Erträge	149.192	156.712	144.251	9%
<u>davon:</u>				
Steuererträge	107.802	113.793	108.513	5%
... davon Gewerbesteuer	56.000	60.955	58.200	5%
... davon Einkommensteuer	35.478	36.322	33.444	9%
... davon Grundsteuer B	11.022	11.169	11.302	-1%
... davon Umsatzsteuer	4.432	4.395	4.531	-3%
... davon weitere Steuererträge	870	951	1.035	-8%
Leistungsentgelte	13.895	12.992	10.463	24%
Zuweisungen und Zuschüsse	17.948	17.501	16.750	4%
Kostenerstattungen	2.370	2.309	1.957	18%
Erträge Auflösung Sonderposten	916	1.004	2.023	-50%
Sonstige ordentliche Erträge	3.620	4.680	3.373	39%
Finanzerträge	2.641	4.434	1.171	278%
Aufwendungen	-150.199	-154.638	-137.659	12%
<u>davon:</u>				
Steueraufwendungen	-65.209	-67.745	-62.136	9%
... davon Kreis- und Schulumlage	-55.830	-57.680	-51.876	11%
... davon Gewerbesteuerumlage	-5.298	-5.259	-5.006	5%
... davon Heimatumlage	-3.292	-3.268	-3.111	5%
... davon weitere steuerähnliche Umlagen	-789	-1.538	-2.144	-28%
Personal (incl. Versorgungsaufwendungen)	-32.758	-33.702	-30.867	9%
Sach- und Dienstleistungen	-32.088	-32.367	-27.805	16%
Abschreibungen Anlagevermögen	-5.410	-5.353	-5.245	2%
Abschreibungen Umlaufvermögen	-322	-2.741	-230	1092%
Zuweisungen und Zuschüsse	-10.056	-9.122	-8.517	7%
Weitere Aufwendungen	-321	-231	-220	5%
Zinsen und sonst. Finanzaufwand	-4.035	-3.377	-2.640	28%
Ordentliches Ergebnis	-1.006	2.074	6.593	
Außerordentliche Erträge	8	9	18	-48%
Außerordentliche Aufwendungen	0	-42	-51	-16%
Jahresergebnis	-998	2.041	6.559	

Das **Jahresergebnis** in Höhe von +2,0 Mio. EUR (2023: +6,5 Mio. EUR) setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von +2,1 Mio. EUR (2023: +6,6 Mio. EUR) und dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von -33 TEUR (2023: -33 TEUR) zusammen.

Die **Steuererträge** sind um 5,3 Mio. EUR auf 113,8 Mio. EUR (2023: 108,5 Mio. EUR) gestiegen. Auch gegenüber dem Plan 2024, der Steuererträge in Höhe von 107,8 Mio. EUR auswies, wurde ein deutlich besseres Steuerergebnis erzielt.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer sind dabei gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. EUR auf 61,0 Mio. EUR gestiegen (2023: 58,2 Mio. EUR) und übertreffen den veranschlagten Planansatz (Plan 2024: 56,0 Mio. EUR). Ein erheblicher Anteil der Erträge basieren dabei auf rückwirkenden Veranlagungen für die „Corona-Jahre“ 2021 und 2022 (18,3 Mio. EUR).

Die Erträge aus der Einkommensteuer sind mit 36,3 Mio. EUR um 2,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2023: 33,4 Mio. EUR). Der Planwert (Plan 2024: 35,5 Mio. EUR) basierte auf der Mai-Steuerschätzung der Bundesregierung - die aktuellere November-Steuerschätzung lag erst am 21.11.2024 vor, so dass eine Anpassung von Plan- und Prognosewerten nicht mehr möglich war.

Die **Leistungsentgelte** steigen um 2,5 Mio. EUR auf 13,0 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (2023: 10,5 Mio. EUR) und liegen um 900 TEUR unter dem Planwert (Plan 2024: 13,9 Mio. EUR). Wesentlicher Bereich ist hier die Abwasserentsorgung, deren Gebühren insgesamt 9,9 Mio. EUR an Erträgen erzielen. Hier wurde die Gebühr zum 1.1.2024 für einen vierjährigen Zeitraum neu kalkuliert und angepasst, was auch zu dem Anstieg der Erträge zum Vorjahr führt.

Die Erträge aus **Zuweisungen und Zuschüsse** sind gegenüber dem Vorjahr um 700 TEUR auf 17,5 Mio. EUR gestiegen (2023: 16,8 Mio. EUR). Ursächlich sind die höhere Landeszuweisung für die Kinderbetreuung (+400 TEUR, Projekte „Starke Teams, Starke Kitas“ und Projekt „Fachkräfteoffensive“) sowie ein höherer Kostenausgleich nach § 28 HKJGB (+400 TEUR). Durch die Schlüsselzuweisung wurden 7,7 Mio. EUR an Einnahmen erzielt (2023: 8,1 Mio. EUR).

Die **Erträge aus der Auflösung der Sonderposten** sinken gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. EUR auf 1,0 Mio. EUR (2023: 2,0 Mio. EUR), liegen aber nur geringfügig über dem Planansatz (Plan 2024: 0,9 Mio. EUR). Durch die Gebührenneukalkulation im Bereich der Abwasserentsorgung wurde eine unmittelbare Kostendeckung erreicht, wodurch im Gegensatz zum Vorjahr keine Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich Abwasser („Gebührenaussgleichsrücklage“) erforderlich wurde.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** sind gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR gestiegen (Plan: 3,6 Mio. EUR). Dies resultiert i.W. aus der Auflösung von einer Rückstellung für die Kostenerstattung an den Dienstleistungsbetrieb Dreieich und Neu-Isenburg AöR sowie der Auflösung von Wertberichtigungen für zweifelhaft gestellte Forderungen, für die in 2024 außerplanmäßig Geldeingänge realisiert werden konnten.

Die Stadt musste im Jahr 2024 insgesamt 67,8 Mio. EUR und damit 60 % ihrer Steuererträge als **Steueraufwendungen** an Kreis und Land abführen (2023: 62,1 Mio. EUR bzw. 57%). Die Aufwendungen für die Kreis- und Schulumlage (57,7 Mio. EUR), die Gewerbesteuerumlage (5,3 Mio. EUR) und die seit 2020 zu entrichtende Hei-

matumlage (3,3 Mio. EUR) ermitteln sich nach den Regeln des Finanzausgleichs. Durch den gegenüber dem Vorjahr um 4,06% gestiegenen Hebesatz (2024: 54,99% statt 2023: 50,93%) erhöht sich der Aufwand für die Kreis- und Schulumlage deutlich um 4 Mio. EUR. Die Aufwendungen aus der Kreis- und Schulumlage werden aufgrund des Jährlichkeitsprinzips doppisch abgegrenzt, d.h. Grundlage sind die tatsächlich im Abschlussjahr erzielten Steuererträge.

Die **Personalaufwendungen** (inkl. Versorgungsaufwendungen) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. EUR von 30,9 Mio. EUR auf 33,7 Mio. EUR erhöht und überschreiten auch den Planwert um 0,9 Mio. EUR (Plan 2024: 32,8 Mio. EUR).

Entwicklung Personal

	2024	2023	Veränderung
Planstellen	456,7	449,9	+6,8
besetzte Stellen zum 30.6.	370,6	367,1	+3,5

Wesentliche Ursache für die Kostensteigerung gegenüber dem Vorjahr ist die Tarifierhöhung incl. Inflationsausgleich, die im Durchschnitt der Entgeltgruppen knapp 10 % an Mehrkosten verursacht und dadurch insgesamt einen Mehraufwand von 2,5 Mio. EUR.

Ein weiterer Effekt ist der Anstieg bei den Versorgungsaufwendungen. Hier wurde der Planwert 2024 mit knapp 1,2 Mio. EUR überschritten, da insbesondere eine außerplanmäßige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR zu bilden war.

Zum 30.06.2024 waren 86,1 Planstellen nicht besetzt. Hiervon besonders betroffen waren der Bereich Kindertagesstätten mit 50,8 Planstellen, der Fachbereich Soziales, Schule und Integration mit 5 Planstellen, der Fachbereich Planung und Bau mit 5,9 Planstellen, der in 2024 neu gebildete Fachbereich Kinderbetreuung mit 4 Planstellen, der Fachbereich Verwaltungssteuerung & Service mit 8,7 unbesetzten Planstellen (wobei alleine 5,1 nicht besetzte Ausbildungs- und Studienplätze entfallen), im Stellenpool waren 4 Planstellen unbesetzt. Weitere 11,7 unbesetzte Planstellen zeigen sich über die restliche Verwaltung in Summe verteilt.

Die Personalaufwendungen im personalintensiven Bereich der **Kindertagesstätten** sind dabei gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,2 Mio. EUR gestiegen, sie belaufen sich in 2024 auf 14,7 Mio. EUR (2023: 13,4 Mio. EUR) und entsprechen dem Planwert. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Tarifierhöhung incl. des Inflationsausgleiches zurück zu führen.

Die intensiven Bemühungen in der Personalakquise wurden konsequent weitergeführt, werden jedoch im Erfolg durch altersbedingtes Ausscheiden zurückgeworfen. Zur teilweisen Kompensation der nicht besetzten Planstellen entstand im Produkt Kinderbetreuung ein deutlicher erhöhter Aufwand für Leiharbeitskräfte in Höhe von 1,3 Mio. EUR (2023: 654 TEUR).

Die im Vorjahr durchgeführte Ausbildung zur/zum „Kinderpfleger/in in nur einem Jahr“, die von 19 Kolleginnen und Kollegen absolviert wurde, hatte noch zu einem Anstieg des Aufwands im Bereich der Aushilfen auf 547 TEUR geführt. In 2024 belief sich der Aufwand wieder auf einem langjährigen Niveau (2024: 62 TEUR).

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sind mit 32,4 Mio. EUR um 4,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2023: 27,8 Mio. EUR), liegen aber in etwa in Höhe der Planveranschlagung (Plan 2024: 32,1 Mio. EUR). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist verursacht durch die erforderliche Einstellung in den Gebührenaussgleich Abwasserentsorgung aufgrund des positiven Produktergebnisses (+1,6 Mio. EUR), Ausgaben für die Kostenerstattung an die DreieichBau AöR (+ 1,2 Mio. EUR) insbesondere durch Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Funktionsgebäude, höhere Kosten für Leiharbeitskräfte (+ 0,9 Mio. EUR), siehe auch Begründung unter Personalaufwendungen, sowie höhere Kosten für Energie und Wasser (+ 0,9 Mio EUR) aufgrund des Anstiegs der Bezugskosten.

Die **Abschreibungen Anlagevermögen** steigen gegenüber dem Vorjahr leicht um 108 TEUR auf 5,4 Mio. EUR (2023: 5,3 Mio. EUR). Die **Abschreibungen Umlaufvermögen** steigen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,5 Mio. EUR auf 2,7 Mio. EUR an. Ursächlich hierfür sind Gewerbesteuerforderungen, die zweifelhaft gestellt und wertberichtigt wurden.

Die Aufwendungen für **Zuweisungen und Zuschüsse** betragen im Jahr 2024 9,1 Mio. EUR und liegen damit um 0,6 Mio. EUR über dem Wert des Vorjahres (2023: 8,5 Mio. EUR) aber mit 0,9 Mio. EUR unter dem Planansatz (Plan 2024: 10,0 Mio. EUR). Der Anstieg zum Vorjahr ist i.W. verursacht durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen (+678 TEUR). Die Planunterschreitung liegt an den gegenüber dem Plan geringeren Aufwendungen für Zuschüsse an Dritte im Bereich der Kinderbetreuung. Die Unterschreitung im Bereich der Zuschüsse für die Ü3-Kinderbetreuung in Dreieicher Kitas hat i.W. folgende Gründe: Die geplante Eröffnung einer weiteren Waldkita-Gruppe fand aufgrund von Standortsschwierigkeiten nicht statt, was zu Einsparungen iHv. 144 TEUR führte. Weiterhin konnten die kirchlichen und freien Träger aufgrund des Fachkräftemangels nicht alle geplanten Betreuungsplätze in den Einrichtungen besetzen. Dies hatte reduzierte Zuschusszahlungen von insgesamt 383 TEUR zur Folge. Die Endabrechnung mit der Stadt Frankfurt für die Kinderbetreuung außerhalb Dreieichs wurde nicht wie geplant im Jahr 2024 durchgeführt. Dadurch ergab sich eine weitere Planunterschreitung von 366 TEUR.

Die **Finanzaufwendungen** steigen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. EUR auf 3,4 Mio. EUR:

	2024	2023
✓ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.376.777,61 EUR	2.639.748,75 EUR
✓ Bankzinsen	3.085.606,21 EUR	2.501.387,30 EUR
> Zinsen für Investitionskredite	2.255.302,94 EUR	1.676.710,32 EUR
> Zinsen für Kommunalen Schutzschirm	830.303,27 EUR	824.676,98 EUR
✓ Zinsen für sonstige Verbindlichkeiten	286.381,14 EUR	134.153,37 EUR
> Verzinsung Kautionen	114,45 EUR	0,00 EUR
> Verzinsung Kapitaleinlage FZV	131.076,70 EUR	131.648,89 EUR
> Verzinsung Gebührenaussgleichsrücklage	3.976,99 EUR	2.504,48 EUR
> Zinsen aus Steuerverbindlichkeiten	151.213,00 EUR	0,00 EUR
> Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.790,26 EUR	4.208,08 EUR

Aufgrund der geänderten Zinssituation sind seitens der Stadt im Gegensatz zum Vorjahr keine negativen **Zinsen für Liquidität** mehr zu entrichten, sondern ist mittlerweile eine positive Verzinsung auch bei kurzfristigen Anlagen (Laufzeit bis 12 Monate) zu erreichen. An dieser Möglichkeit der Erzielung von Zinserträgen partizipiert die Stadt durch entsprechende Geldanlage – siehe unter Finanzerträge.

Die **Zinsen für Investitionskredite** steigen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR an. Der Anstieg ist verursacht durch die einmaligen Kosten in Höhe von 0,5 Mio. EUR für die vorzeitige Auflösung/Rückzahlung zweier SWAP-Darlehen im Jahr 2024. Die rechnerische Durchschnittsverzinsung der Kreditverbindlichkeiten beträgt 4,3%.

Die **Finanzerträge** steigen deutlich um 3,2 Mio. auf 4,4 Mio. EUR (2023: 1,2 Mio. EUR).

Ursache hierfür sind zum einen deutlich erhöhte Zinserträge in Höhe von 1,5 Mio. EUR aus der kurzfristigen Geldanlage, die die Stadt in 2024 vorgenommen hat (zum 31.12.2024 besteht eine Geldanlage in Höhe von 34 Mio. EUR). Zum anderen konnten höhere Einnahmen aus der Verzinsung von Forderungen erzielt werden (2024: 1,7 Mio. EUR, 2023: 0,3 Mio. EUR). Das Bundesverfassungsgericht hatte am 08.07.2021 entschieden, dass die Höhe des Zinssatzes für Erstattungszinsen bei der Gewerbesteuer für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 nicht verfassungsgemäß und nicht mehr anwendbar ist. Erst nach Veröffentlichung eines verfassungsgemäßen Zinssatzes konnten in 2024 Zinsläufe durchgeführt werden, die auch die Vorjahre umfassen.

Die Erträge aus Beteiligungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR (2023: 0,8 Mio. EUR). Im Jahr 2024 erfolgte auch eine Dividendenausschüttung der Sparkasse Langen-Seligenstadt für zwei Jahre (231 TEUR), diese war 2023 ausgesetzt worden. Die Stadt-Holding Dreieich GmbH hatte insgesamt 925 TEUR ausgeschüttet.

Im **außerordentlichen Ergebnis** ergibt sich ein Fehlbetrag in gleicher Höhe des Vorjahres von -33 TEUR.

3. Finanzrechnung

Finanzrechnung in T€	Plan	Ist	Ist Vorjahr
	2024	2024	2023
Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit	11.403	9.932	18.969
davon:			
Jahresergebnis	-998	2.041	6.355
Abschreibungen	5.410	5.353	5.245
Auflösung Sonderposten	-916	-1.004	-2.023
(+)Zu-/(-) Abnahme Rückstellungen	7.804	10.276	10.871
(-) Zu-/(+ Abnahme Forderungen und weiterer Aktiva	230	-1.069	-5.958
(+) Zu-/(-) Abnahme Verbindlichkeiten u. weitere Passiva	-32	-5.622	4.453
Weitere Positionen	-95	-43	26
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-16.748	-9.239	-5.221
davon:			
Investitionen in Sachanlagen und Immaterielle VG	-18.171	-11.187	-7.096
Zuweisungen / Beiträge für Sachanlagen	1.417	1.847	1.764
Verkauf von Sachanlagen	0	0	12
Zu- / Abgang Finanzanlagen	5	101	100
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-6.737	-6.734	6.916
davon:			
Kreditaufnahme und sonst. Finanzierungseinzahl.	0	0	10.000
Tilgung	-6.737	-6.734	-3.084
Finanzmittelbestand am 1.1.	60.682	61.749	41.086
Summe der Finanzmittelflüsse	-12.082	-6.042	20.664
Finanzmittelbestand am 31.12.	48.600	55.708	61.749
<i>Kassenkreditrahmen gem. Satzung</i>	<i>-10.000</i>	<i>-10.000</i>	<i>-10.000</i>

Der **Finanzmittelbestand am 31.12.** (Liquidität) sinkt von 61,7 Mio. EUR um die Summe der Finanzmittelflüsse in Höhe von -12,1 Mio. EUR auf 55,7 Mio. EUR an. Die Differenz zwischen planmäßigem (48,6 Mio. EUR) und tatsächlichen Finanzmittelbestand in Höhe von 7,1 Mio. EUR ist wesentlich verursacht durch den geringeren Saldo aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit (+7,5 Mio. EUR).

Der positive Saldo im **Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 9,9 Mio. EUR ergibt sich aus dem positiven Jahresergebnis in Höhe von 2,0 Mio. EUR und dessen Bereinigung um nicht oder zusätzlich zahlungswirksame Vorgänge (wie Abschreibungen, Veränderung Rückstellungen, Forderungen und Verbindlichkeiten).

Bereinigungsgrößen ist die Zunahme von Rückstellungen in Höhe von 2,5 Mio. EUR, die im Wesentlichen aus künftigen Zahlungsverpflichtungen aus dem kommunalen Finanzausgleich gründen. Weitere relevante Bereinigungsgröße ist die Abschreibung in Höhe von 5,4 Mio. EUR (verbessert Saldo, da nicht zahlungswirksam). Mindernd wirkt sich die Veränderung der Sonderposten in Höhe von 1,0 Mio. EUR aus. Die Veränderungen der Forderungen und der Verbindlichkeiten und weiterer Aktiva und Passiva saldieren sich zu einem Finanzabfluss in Höhe von 6,9 Mio. EUR.

Der **Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit** in Höhe von -9,2 Mio. EUR beinhaltet Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von 11,2 Mio. EUR und Einnahmen aus Zuweisungen in Höhe von 1,8 Mio. EUR, sowie Einnahmen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens (hier: Tilgung gewährte Darlehen) in Höhe von 101 TEUR.

Der **Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit** in Höhe von -6,9 Mio. EUR entsteht durch die ordentliche Tilgung von Altdarlehen in Höhe vom 3,2 Mio. EUR und einer außerordentlichen Tilgung für die Ablösung zweier Darlehen in Höhe von 3,7 Mio. EUR. Eine Kreditaufnahme erfolgte im Abschlussjahr nicht. Liquiditätskredite wurden nicht in Anspruch genommen.

4. Vermögensrechnung

Vermögensrechnung in T€	Ist	Ist Vorjahr	Abweichung
(vorläufige Zahlen)	2024	2023	
Aktiva	335.417	333.086	2.331
<u>davon:</u>			
Anlagevermögen	253.505	247.793	5.713
... davon immaterielle Vermögensgegenstände	7.079	7.564	-485
... davon Sachanlagevermögen	196.632	190.392	6.240
... davon Finanzanlagevermögen	35.616	35.658	-42
... davon Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	14.178	14.178	0
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	26.040	23.367	2.673
Flüssige Mittel	55.708	61.749	-6.042
Rechnungsabgrenzungsposten	164	177	-13
Passiva	335.417	333.086	2.331
<u>davon:</u>			
Eigenkapital	134.335	132.294	2.041
... davon Nettosition	76.508	76.508	0
... davon Rücklagen ordentliches Ergebnisses	35.343	28.751	6.593
... davon Rücklagen außerordentliches Ergebnisses	9.797	9.830	-33
... davon Sonderrücklagen	379	379	0
... davon Ergebnisvortrag	10.267	10.267	0
... davon Jahresergebnis	2.041	6.559	-4.519
Sonderposten	19.445	17.075	2.370
Rückstellungen	112.662	102.385	10.276
... für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26.492	25.678	814
... für Finanzausgleich u. Steuerschuldverhältnisse	80.866	70.495	10.371
... Sonstige Rückstellungen	5.304	6.212	-909
Verbindlichkeiten	68.976	81.332	-12.356
... aus Kreditaufnahmen ("Gesamtschuldenstand")	52.720	59.454	-6.734
... davon aus Liquiditätskrediten	0	0	0
... davon aus Investitionskrediten	52.720	59.454	-6.734
... aus weiteren Verbindlichkeiten	16.257	21.879	-5.622
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0

Das **Anlagevermögen** steigt insgesamt um 5,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf 253,5 Mio. EUR (2023: 247,8 Mio. EUR). Investitionen in Höhe von 11,2 Mio. EUR stehen Abschreibungen in Höhe von 5,4 Mio. EUR gegenüber.

Wesentliche Investitionen in das Anlagevermögen in 2024 sind:

- Ankauf Faselstall (2,1 Mio. EUR)
- Erweiterung Kita Rückertsweg (1,5 Mio. EUR)
- Erweiterung Ludwig-Erk-Schule (1,2 Mio. EUR)
- Neubau Kita am Lachengraben (0,8 Mio. EUR)
- Ankauf Kita Hegelstraße (0,5 Mio. EUR)
- Ankauf Wohn- und Geschäftshaus Offenbacher Straße (0,6 Mio. EUR)
- Sanierung Hagenring (0,6 Mio. EUR)

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mio. EUR auf 26,0 Mio. EUR (2023: 23,3 Mio. EUR). Die Forderungen aus Zuweisungen sinken um 1,5 Mio. EUR. Die Forderungen aus Steuern und Abgaben steigen um 4,8 Mio. EUR auf 17,0 Mio. EUR. Hierbei stehen den Forderungen aus Gewerbesteuer verschiedener Dreieicher Firmen (4,8 Mio. EUR) und der Spitzabrechnung der Gemeinschaftssteuern (Einkommen- und Umsatzsteuer) für das 4. Quartal 2024 durch die Oberfinanzdirektion (2,3 Mio. EUR) auch Wertberichtigungen in Höhe von 2,3 Mio. EUR (siehe Erläuterung unter Ergebnisrechnung) gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Vermögensgegenstände reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR.

Die **Flüssigen Mittel** reduzieren sich um 6,0 Mio. EUR auf 55,7 Mio. EUR (2023: 61,7 Mio. EUR). Die Entwicklung des Finanzmittelbestands erläutert die Finanzrechnung (siehe hierzu Kapitel 3).

Das **Eigenkapital** erhöht sich um 2,0 Mio. EUR auf 134,3 Mio. EUR (2023: 132,3 Mio. EUR) aufgrund des positiven Jahresergebnisses. Die Eigenkapitalquote beträgt 40 %.

Die **Sonderposten** steigen um 2,4 Mio. EUR auf 19,5 Mio. EUR (2023: 17,1 Mio. EUR). Im Bereich der Investitionszuwendungen und -beiträgen steht ein Zugang von erhaltenen Investitionszuweisungen in Höhe von 1,7 Mio. EUR einem Abgang durch die planmäßige Auflösung sowie Abgänge des Sonderpostens in Höhe von 0,8 Mio. EUR gegenüber. Der Sonderposten für den Gebührenausschlag („Gebührenausschlagrücklage“) Abwasserentsorgung steigt um 1,6 Mio. EUR auf 2,6 Mio. EUR aufgrund des positiven Produktergebnisses. Die sonstigen Sonderposten reduzieren sich um 0,1 Mio. EUR auf 0,7 Mio. EUR (2023: 0,8 Mio. EUR).

Die **Rückstellungen** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahreswert um 10,3 Mio. EUR auf 112,7 Mio. EUR (2023: 102,4 Mio. EUR). Ursächlich hierfür ist die Bildung von Rückstellungen für den Kommunalen Finanzausgleich, hier für die Kreis- und Schulumlage (9,6 Mio. EUR) und die Solidaritätsumlage (0,7 Mio. EUR), jeweils in Höhe der rechnerischen Umlageverpflichtung aus den Steuereinnahmen des Abschlussjahres, die erst in den Folgejahren zahlungspflichtig werden.

Die **Verbindlichkeiten** insgesamt reduzieren sich um 12,3 Mio. EUR auf 69,0 Mio. EUR (2023: 81,3 Mio. EUR).

Die darin enthaltenen **Verbindlichkeiten aus investiven Kreditaufnahmen** sinken um 6,7 Mio. EUR auf 52,7 Mio. EUR (2023: 59,4 Mio. EUR). Im Jahr 2024 wurden keine Investitionskredite aufgenommen, mit Ausnahme eines verpflichtenden Eigenanteils für die Hessenkasse in Höhe von 0,2 Mio. EUR. Die Tilgung beträgt 6,9 Mio. EUR.

Hierin ist die vorzeitige Tilgung der Restschuld in Höhe von 3,7 Mio. EUR für zwei Swap-gesicherten Investitionskredite enthalten.

Die **Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten** (vormals „Kassenkredite“) konnten aufgrund der Entschuldung durch den Kommunalen Schutzschirm und des positiven Finanzmittelflusses aus der Verwaltungstätigkeit seit 2013 vollständig abgebaut werden. Neue Liquiditätskredite wurden in 2024 nicht aufgenommen.

Die in obiger Tabelle als **weitere Verbindlichkeiten** bezeichneten Verbindlichkeiten reduzieren sich im Saldo um 5,6 Mio. EUR auf 16,3 Mio. EUR (2023: 21,8 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sinken um 0,1 Mio. EUR auf 2,8 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben sinken um 1,9 Mio. EUR auf 0,2 Mio. EUR, da die Zahlung der Gewerbesteuer- und Heimaumlage zum Stichtag vollständig gezahlt wurde; im Vorjahr erfolgte die Zahlung der Gewerbesteuer- und Heimaumlage für das 4. Quartal 2023 erst in 2024. Die Verbindlichkeiten aus Beteiligungen sinken um 1,8 Mio. EUR auf 6,5 Mio. EUR – wesentliche Position ist hier die Verbindlichkeit an den Friedhofszweckverband aus der Kapitaleinlage in 2012 in Höhe von 5,9 Mio. EUR. Ursächlich für den Rückgang ist die Rückzahlung von Abschlägen durch die DreieichBau AÖR zum Jahresende 2024. Die sonstigen Verbindlichkeiten sinken insbesondere durch die Verwendung von Investitionszuwendungen um 1,7 Mio. EUR auf 6,6 Mio. EUR.

5. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung

Am 09.12.2024 wurde der **Haushaltsplan 2025** von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 20.03.2025 von der Kommunalaufsicht (Kreis Offenbach) ohne Auflagen genehmigt. Er sieht ein negatives Jahresergebnis für das Jahr 2025 in Höhe von -8,6 Mio. EUR vor, das durch Mittel der Ergebnisrücklage ausgeglichen wird.

Am 15.05.2025 wurden die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung veröffentlicht, erstmals hat sie der neue Finanzminister Klingbeil vorgestellt. Dabei wurden die Zahlen der letzten Schätzung vom Oktober 2024 noch einmal nach unten korrigiert, die Mindereinnahmen für die Gemeinden im Zeitraum 2025 bis 2029 summieren sich auf ca.27 Mrd. EUR.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt die Einbringung eines **1. Nachtragshaushaltsplans 2025** in die Stadtverordnetenversammlung im Juli. Hierin sollen neben den Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung der Bundesregierung auch die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage rückwirkend zum 1.1.2025 durch den Kreistag veranschlagt werden, die eine deutliche dauerhafte Ergebnisverschlechterung um ca. 3,5 Mio. EUR p.a. mit sich bringt.

Risiken bestehen sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabenseite durch die Entwicklung der Handelsbeschränkungen und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Dreieich, den 13.06.2025

Stadt Dreieich
Der Magistrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Martin Burlon".

Martin Burlon
Bürgermeister